

## Verabschiedung des Haushalts 2019

Sitzung des Gemeinderats am 15. Januar 2019

Rede: Stadtrat Dieter Rinker, FWV-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Acker,  
verehrter Herr Erster Beigeordneter Kopf,  
werte Amts- und Fachbereichsleiter,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir verabschieden am heutigen Tag den wiederholt betitelten Rekordhaushalt 2019 in einer Größenordnung von 59 Millionen Euro allein im Kernhaushalt – ohne die städtischen Nebenbetriebe - und ermächtigen damit die Verwaltung eine Geldsumme auf sehr hohem Niveau zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger einzusetzen.

Rekorde sind gewöhnlich etwas ganz besonderes - etwas einzigartiges. Von Rekorden können wir allerdings nur sprechen, wenn Planungen und Absichten und damit verbundene Erwartungen auch erfüllt werden können. Dies wird sich dann am Ende des Jahres zeigen. Ob wir dann diese Begrifflichkeit erneut verwenden dürfen bleibt dahingestellt – dürfte eher unwahrscheinlich sein. Es besteht in unserer Gesellschaft und damit auch in der Politik die Neigung jedwede positive Entwicklung mit Superlativen zu etikettieren. Sollten wir damit den Anschein erwecken wollen, dass Wachstum unendlich sei, wäre dies fatal. Bestenfalls die Zufriedenheit sollten wir anstreben.

Denn nach dem Wirtschaftsphilosophen Maik Vierling ist  
**Zufriedenheit dann gegeben wenn die Realität die Erwartungen erfüllt.**

Bei unseren öffentlichen Haushalten wäre diese Grundhaltung durchaus angezeigt. Insbesondere beim Haushalt 2019, welcher in diesem Jahr unter einer besonderen Herausforderung steht.

In Zeiten bester Konjunkturlage, einem noch nie dagewesenen privaten und öffentlichen Wohlstand, dazuhin niedrigen Zinsen und trotz weltweiter Probleme, keine uns unmittelbar betreffende Krise, zeigen sich auch der Bundeshaushalt und der Doppelhaushalt von Baden-Württemberg auf ebenso rekordverdächtigem Niveau.

Inspiziert durch einen seit 2012 höchst dynamischen Wirtschaftsaufschwung sind sowohl der Bund wie das Land in der Lage ausgeglichene Haushalte vorzulegen und dazu hin noch einen deutlichen Schuldenabbau leisten zu können. Sicherlich sind Vergleiche zwischen kommunalen Haushalten und Bundes- oder Landeshaushalten eher schwierig. Es muss dennoch festhalten werden, dass wir im Gegensatz zu Bund und Land nach einem stetigem Schuldenabbau der letzten Jahre mit Krediten in Höhe von mehr als 5 Millionen Euro planen müssen.

Ein Umstand den unsere Stadt grundsätzlich vor keine allzu großen Schwierigkeiten stellen würde, wenn wir wie in den vergangenen Jahren, nur die Hälfte unserer Planungen realisieren würden und am Jahresende überraschend und erfreulich ohne höhere Verschuldung abschneiden könnten.

Das eigentliche Problem steckt diesmal in den Folgejahren, weil wir derart umfangreiche und zeitintensive Maßnahmen auf den Weg bringen werden, welche uns auf Jahre hinaus binden und damit möglicherweise weitere Fremdmittel benötigen.

Sehr verehrte Damen und Herren,

in der Konsequenz bedeutet dies, dass unter diesen Umständen zusätzliche / andere Großmaßnahmen in den Jahren 2020 und 2021 weder planbar noch realisierbar sein werden. Trotz oder vielleicht gerade unter diesen Bedingungen ist eine Prüfung, ob wir tatsächlich dann auch die richtigen Dinge auf den Weg bringen durchaus angebracht. Erlauben sie mir zu dieser Prüfung einen weiteren Vergleich zwischen Bund und Kommunalem:

Die größten Ausgabeposten des Bundeshaushalts sind nicht überraschend für Arbeit und Soziales, Verkehr und Digitales sowie für Bildung und Forschung. Glücklicherweise ist die Verteidigung nicht Kommunalsache.

Wenn wir unseren städtischen Aufwendungen dazu in Vergleich setzen stellen die Freien Wähler fest:

Wir investieren genau an denselben Stellen, sei es Gewerbe, Familien- Jugend und Seniorenpolitik; Mobilität und digitale Grundversorgung sowie Bildung und Betreuung.

Damit sind unsere Absichten deckungsgleich mit den Zielsetzungen von Bund und Land, nämlich vornehmlich Investitionen in die Daseinsvorsorge. Einzig allein der Umfang, die Ausrichtung sowie die Finanzierung dieser Aufgabenerfüllung stehen in unserem Ermessen und damit in unserer eigenen Finanzverantwortung.

Die notwendigen Vorplanungen für den uns vorliegendem Haushalt begannen im vergangenen Jahr daher schon im Oktober in Form einer Klausurtagung, wo die Rahmendaten durch die Verwaltungsleitung präsentiert wurden. Bereits zu diesem Zeitpunkt zeigte sich leider, wie auch in vergangenen Jahren, dass nahezu 80 % des Haushaltsvolumens ausschließlich zum Erhalt und Betrieb der städtischen Verwaltung und deren Einrichtungen benötigt werden und damit nicht verhandelbar waren. Die restlichen Haushaltsmittel sollen, wie bereits erwähnt, für umfangreiche Hoch- und

Tiefbaumaßnahmen Verwendung finden, welche bereits angelaufen sind, oder sich zwangsläufig daran anschließen werden.

In den Vorberatungen haben Sie Herr Acker und Herr Kopf ehrlicher Weise mehrfach darauf hingewiesen, dass ein gewohnt harmonisches Nebeneinander von Pflicht und Kür in den kommunalen Haushalten zukünftig der Vergangenheit angehören werden. Ausschließlich die Pflichtaufgaben – in der Kategorie „zwingend“ und „notwendig“ bestimmen derzeit unser Handeln und dies in Zeiten einer blühenden Konjunktur.

Es stimmt die Freien Wähler bedenklich, wenn im investiven Bereich (früher hätten wir dies als Kür bezeichnet) mit einem immensen Mitteleinsatz von nahezu 17 Millionen Euro ausschließlich nur den nötigsten Dingen, dies sind überwiegend umfangreiche Sanierungsmaßnahmen, nachgegangen werden kann. Dies zwingt uns zu hohen Verpflichtungsermächtigungen in zukünftige Haushalte hinein, deren Rahmenbedingungen wir aufgrund der konjunkturellen Entwicklung derzeit nicht abschätzen können.

Daher war die berechtigte Aufforderung der Verwaltungsspitze an die Fraktionen im vorgelegten Finanzplan nach Einsparpotenzialen zu suchen absolut richtig, aber leider erfolglos. Erfolglos deshalb, weil nahezu alle Aufwendungen den Stempelaufdruck „dringend“ oder „unbedingt notwendig“ tragen. Damit werden wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes, mit voller Zustimmung der Freien Wähler einen Haushalt vorlegen, welcher auf Basis einer aktuellen niedrigen Verschuldung bewältigt werden kann, in die Zukunft gerichtet allerdings keinesfalls Begeisterungen aufkommen lässt.

Nun jedoch zum eigentlichen Haushaltsplan, der bereits auf den ersten Seiten in Form der Haushaltssatzung erkennen lässt, dass wir sowohl im Ergebnishaushalt als auch im Finanzhaushalt mit Größenordnungen antreten, welche deutlich über Ansätzen vergleichbarer Städte liegen.

So liegen beispielhaft die Aufwendungen im Ergebnishaushalt bei der Stadt Trossingen (15.000 Einwohner) insgesamt bei 35,6 Millionen Euro, wohingegen bei der Stadt Oberndorf für die laufende Verwaltung 41,5 Millionen Euro aufgewendet werden muss. Die etwas kleinere Stadt Sulz benötigt hierzu lediglich 29,3 Millionen Euro.

Sollte dies daran liegen, dass wir möglicherweise über eine deutlich umfangreiche soziale und technische Infrastruktur verfügen, wäre dies für die Bürgerinnen und Bürgern ein deutlicher Standortvorteil gegenüber anderen Kommunen, denn nach dem Kosmopoliten Raymon Walden, „**ist das Herz eines Staates seine Infrastruktur**“. Auf die Stadt übertragen bedeutet dies, dass Aufwendungen für das städtische Personal, welche in 2019 im Übrigen in einer Größenordnung von lediglich 3 % steigen, der Mitteleinsatz für Sachaufwendungen (vorwiegend für unsere Bildungseinrichtungen), die Straßenunterhaltung, die Grundstücksbewirtschaftung durchaus grundsätzlich gut angelegtes Geld ist.

Leider zwingt uns die Doppik neuerdings zum Nachweis nicht zahlungswirksamer Aufwendungen für Abschreibungen des Anlagevermögens in einer Größenordnung von insgesamt mehr als 3 Millionen Euro. Sicherlich verhindern diese Summen ein besseres Abschneiden des Ergebnishaushalts.

Die sogenannte intergenerative Gerechtigkeit, welche alle Generation verpflichtet Ihren eigenen Ressourcenverbrauch selbst zu erwirtschaften, sollte uns dies jedoch wert sein.

Die zweckgebundenen Mittel im Ergebnishaushalt sind damit gut angelegtes Geld.

Bei der Gegenfinanzierung tun wir uns allerdings in 2019 schwer. Der zeitversetzte unumgängliche Finanzausgleich für das gute Jahr 2017 beschert uns einen Fehlbetrag von 1,6 Millionen Euro welcher nicht abgedeckt werden kann, wenigsten etwas abgemildert durch Rücklagen aus guten Jahren. In früheren Jahren wurde dies als negativen Zuführungsrate bezeichnet.

Der überaus positive Kassenabschluss in 2018 wird möglicherweise in 2020 ähnliche Wirkungen auslösen.

Solche Ergebnisse sind natürlich dauerhaft nicht anzustreben. Die Freien Wähler sehen in diesem Bereich jedoch derzeit keine Einsparpotentiale. Solange die städtischen Einrichtungen eine gute Nutzung erfahren und nachgefragt werden, verlangt der Erhalt und Betrieb derselben einen angemessenen Aufwand.

Allen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die sich dieser Aufgabe widmen gebührt daher von unserer Seite ein herzlicher Dank.

Nun zum Finanzhaushalt, in dem u.a. alle Ein- und Auszahlungen für geplante Investitionstätigkeiten enthalten sind.

Wenn ich gerade von hohen Beträgen für die Unterhaltung des kommunalen Anlagevermögens im Ergebnishaushalt sprach, muss für Investitionstätigkeiten nahezu ein Mehrfaches, vorwiegend für Sanierungsmaßnahmen, aufgebracht werden. Hier stehen 5 Millionen Euro originäre Einnahmen - 16 Millionen Euro für Ausgaben im Baubereich, beim Erwerb von Grundstücken und beweglicher Gegenstände gegenüber. Allein die geplanten Baumaßnahmen nehmen mit mehr als 13,5 Millionen Euro Investitionssumme ca. 80 % des Gesamtvolumens ein.

Auch hier unsere Prüfung ob dieses Geld gut eingesetzt wird. Meine Prüfungskriterien habe ich mir von einem unbekanntem Aphoristiker des Mittelalters entlehnt, welcher wusste, **dass man an guten Schulen und guten Wegen den guten Staat erkenne**. Eine alte Weisheit – auf unsere Stadt übertragen:

Genau in diesen Bereich wollen wir die gute Stadt Oberndorf schwerpunktmäßig entwickeln, wobei der Begriff Schule zwischenzeitlich auch die Kindertagesstätten und alle ähnliche Einrichtungen umfasst, die in öffentlicher Ordnung stehen. Gute Wege bedeuten in diesem Zusammenhang insgesamt die bestehenden Straßen-, neue Straßen, Schienenwege und sogar die Berücksichtigung für unsere „Wasserstraßen“.

Damit wären alle großen Investitionen eigentlich schon nahezu aufgezählt. Ich will jedoch noch auf wenige eingehen.

Zu den guten Schulen, welche den Hochbau betreffen:

Immer dann wenn in einer Stadt nahezu gleichzeitig neue Bildungseinrichtungen entstehen ergeben sich dann leider gleichzeitig die Notwendigkeit einer Sanierung. Ebenso bekannt dürfte seine, dass Schulen aus den 60-er und 70-er Jahren nicht nur energetisch problembehaftet sind, gesundheitsgefährdende Baustoffe beinhalten und einen mangelnden Brandschutz aufweisen. Die bedeutet: Sie benötigen dringend eine Rundumerneuerung.

Dies betrifft derzeit das Gymnasium, die Grundschule auf dem Lindenhof und die Grundschule in Bochingen, sowie die in Oberndorf und auf dem Lindenhof befindlichen Schulturnhallen. Ca. 3,7 Millionen Euro benötigen in 2019 Maßnahmen die wir erst beginnen, viele fortsetzen und wenige beenden. Damit nicht genug:

Wie sie sicherlich auch wissen wurde die Realschule ebenfalls in den 70-er erbaut.

Früher sagte man Kinderschulen, später Kindergärten. Die Kita´s in unserer Stadt sind in allen Stadtteilen und in der Kernstadt sehr gut ausgelastet. In den zurückliegenden Jahren gelang es hervorragend notwendige Kapazitäten Zug um Zug vorzusehen und zeitnah zu schaffen.

Eine grundsätzlich erfreuliche hohe Nachfrage in nahezu allen Stadtteilen, fordert uns jedoch zu größeren Maßnahmen.

Mit Planungskosten von 200.000 Euro soll demnächst der Kindergarten St. Martin auf dem Lindenhof eine Erweiterung erfahren. Wir rechnen mit dem Baubeginn allerdings nicht vor 2020.

Die Freien Wähler betrachten die große Nachfrage nach KITA-Plätzen mit großer Sorge, da der Boom offensichtlich nicht eine vorübergehende Erscheinung zu sein scheint.

Nicht nur auf dem Lindenhof, sondern auch in Beffendorf und Bochingen steht in Kürze umfangreiches Bauland zur Verfügung, welches sicherlich überwiegend von jungen Familien nachgefragt und damit seine Wirkung auch im Bedarf an Kitaplätzen entfalten wird.

Die Freien Wähler schlagen der Stadtverwaltung daher dringend vor neben eigenen Anstrengungen auch private Initiativen – konkret den privaten Betreibern eines geplanten Bauernhofkindergarten – unsere Unterstützung zukommen zu lassen, um dadurch kurzfristig für Entspannung zu sorgen.

In die Zukunft gerichtet hoffen die Freien Wähler, dass die Auswirkungen des „Gute-Kita-Gesetzes“ welches leider nur unterschwellig die kommunalen Träger angemessen berücksichtigt oder die zwischenzeitlich lautstark eingeforderte Gebührenfreiheit für Kitas letztlich nicht Wanderungsbewegungen auslöst, die jegliche verlässliche Planungen von Bedarfsentwicklungen unmöglich macht.

Unsere Investitionen zur Schaffung guter Wege.

Zur planmäßigen Straßensanierung „Auf dem Stein“ (2,1 Mio.) hat sich im Laufe der Haushaltsberatung auch eine unerwartete Sanierung der August-Barack-Straße hinzugesellt (780.000 Euro). Die sicherlich gut gemeinte Verwendung von heimischem Holz als Stützbauwerk hat leider nicht die zeitlich erwartete Haltbarkeit erreicht und muss nun durch ein konservatives Bauwerk ersetzt werden.

Notwendige Erschließungsmaßnahmen des Baugebiets „Gehrn“ in Bochingen und des Gewerbegebiets im Vogelloch, vornehmlich im Straßen- und Kanalbau benötigen insgesamt 3,3 Mio. Euro.

Wir zählen auch unseren Eigenanteil in Höhe von 800.000 € für den Ausbau des barrierefreien Bahnhofs ebenso zu den Aufwendungen für gute Wege.

Es gibt sicherlich noch weitere Dinge die eine gute Stadt braucht. Ich will es aber dabei belassen. Wir bringen unsere Stadt jedenfalls deutlich vorwärts.

Zur Finanzierung aller geplanten Investitionen stehen uns neben den originären Zuschüssen und Zuwendungen glücklicherweise Überschüsse aus früheren Haushalten in Höhe von ca. 7 Millionen Euro zur Verfügung. Dies hilft uns gewaltig. Dennoch sind 5,3 Millionen an Krediten aufzunehmen.

Im Rahmen der Vorberatung wurde vielfach darum geworben zur Zielerreichung den Pessimismus zu meiden und eine optimistische Haltung einzunehmen. Vielleicht brauchen wir aber auch beides.

Der Politiker Antonio Gramsci versucht sich in einer guten Mischung. Er fordert: **„Was wir brauchen ist Nüchternheit - einen Pessimismus des Verstandes / einen Optimismus des Willens!“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben heute lediglich einen Plan aufgestellt. Pläne sind gewöhnlich dazu da sie zu erfüllen. Dies wird uns sicherlich nicht gelingen.

Dann sollte das Gremium wenigstens den Mut haben, Dinge deren Realisierung aus sächlichen und oder finanziellen Gründen nicht absehbar sind wenigstens auf Eis zu legen. Wir nennen es „schieben“.

Ich werde konkret: Solange die Bebauung des Brauereiareals nicht in trockenen Tüchern ist, machen weitere Entscheidungen zur Talplatzentwicklung keinen Sinn. Wir wissen alle, dass das eine vom anderen abhängt und daher nur im Kontext erfolgreich realisiert werden kann. Die Stadt hat im Vertrauen auf einen baldigen Baubeginn bei der Herstellung und Sicherung des Areals erhebliche Vorleistungen erbracht, und dabei bewusst hohe Planungs- und Baukosten in Kauf genommen. Nun dürfen wir auch erwarten, dass unsere Partner dies ebenso tun.

Die Freien Wähler werden den vorgelegten Haushalten zustimmen. Wir hoffen und wünschen uns, dass die Planungen möglichst viele Erwartungen und Bedürfnisse unserer Bürger und Bürgerinnen angemessen berücksichtigt und erfüllt, so dass es sich

wirklich lohnt in Oberndorf zu leben.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Acker,  
verehrter Herr Kopf,  
werte Kolleginnen und Kollegen,

wenn ich anfangs die Bundes- und Landespolitik gestreift habe, will ich abschließend noch einen Blick nach Innen werfen.

Langjährige Mitglieder des Gremiums werden bestätigen, dass in Haushaltsplanungen schon immer deutlich mehr Maßnahmen enthalten waren, als jemals bewältigt werden konnten. In aller Regel kommen im laufenden Vollzug ohnehin unvorhersehbare und/oder unaufschiebbare Aufgaben hinzu, so dass wir am Jahresende einen nicht zufriedenstellenden Erfüllungsgrad erreichen.

Wie gehen wir damit um? **Bestens!!**

Am Jahresende wird der Mangel zum kleinen Erfolg. Unerledigtes muss nicht bezahlt werden und schont die Kasse. Dies hat durchaus einen Charme.

Heute übe ich mich in Vergleichen:

Wenn ich mit 50.- Euro in der Tasche zum Einkaufen gehe - mein Einkaufszettel hingegen Bedarfe in Höhe von 100.- Euro ausweist, dann ist es nicht nur peinlich, es ist auch frustrierend, wenn man an der Kasse dann einige Dinge zurücklegen muss.

Hierzu gibt es gibt 3 Lösungen:

- während des Einkaufs Abstriche machen
- ohne Plan einkaufen,
- sich zuvor Überlegungen anstellen, was ich tatsächlich brauche
- und dies dann auch umsetzen.

In unserer Situation empfehlen die Freien Wähler die dritte Variante.

Wenn wir die aktuelle Diskussion zur wirtschaftlichen und konjunkturellen Entwicklung verfolgen und deutliche Zeichen eines Abschwungs erkennbar werden, wäre es angebracht, zeitnah eine Diskussion darüber zu führen, was wir wirklich brauchen und hieraus die zukünftigen haushälterische Prioritäten zu setzen.

Dies haben Sie, Herr Kopf, für diesen Fall auch in den Vorberatungen angedeutet – dann sollten wir das auch so machen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Dieter Rinker  
Freie Wähler  
15.01.2019